

Jahresbericht

—

2023



**POUVOIR JUDICIAIRE
GERICHTSBEHÖRDEN**

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Friedensgericht des Seebezirks FGSEE

Inhaltsverzeichnis

1.1	Allgemeiner Teil.....	4
1.1.1	Zusammensetzung und Räumlichkeiten.....	4
1.1.2	Gerichtstätigkeit (gesamte Arbeitslast, Verhältnis zu den Behörden und den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten usw.).....	5
1.1.3	Weiterbildung.....	5
1.1.4	Verschiedenes und Schlussbemerkungen (Vorschläge Gesetzesänderungen, Informatik usw.)...	5
1.2	Statistischer Teil.....	6
1.2.1	Allgemeine Statistik.....	6
1.2.2	Erwachsenenschutz.....	6
1.2.3	Nachlass.....	7
1.2.4	Kinderschutz.....	8
1.2.5	Unzuständigkeit.....	10
1.2.6	Nichteintreten und Verfahrenseinstellung, mit oder ohne Entscheid.....	10
1.2.7	Fürsorgerische Unterbringung.....	10
1.2.8	Gerichtliches Verbot.....	11
1.2.9	Unentgeltliche Rechtspflege.....	11

Einleitung

An den Justizrat

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder des Justizrates

Wir freuen uns, Ihnen hiernach den Tätigkeitsbericht 2023 des Friedensgerichts des Seebezirks zu unterbreiten und bestätigen die Richtigkeit der in diesem Bericht dargestellten statistischen Zahlen.

Murten, 31. Januar 2024

Unterschrift

Um das Lesen des Dokuments zu vereinfachen, wird das generische Maskulinum verwendet, das aber immer beide Geschlechter einschliesst.

Tätigkeitsbericht 2023 des Friedensgerichts See

1.1 Allgemeiner Teil

1.1.1 Zusammensetzung und Räumlichkeiten

1.1.1.1 Organisation und Zusammensetzung des Friedensgerichts

Organisation und Zusammensetzung am 31.12.2023

- > Claudine Lurf-Vonlanthen, Friedensrichterin
- > Martina Gerber-Sturny, Seraina Rohner Stulz, Wanda Suter, Ersatzrichterinnen
- > Claudia Achermann, Nicole Aebi, Marie-Madeleine Bovigny Rossy, Els De Kock, Guido Egger, Jacqueline Haefliger, Ivan Progin, Marianne Reinhard Ryser, Olivier Simonet, Sabine Spring, Annakatharina Walser Beglinger, Beisitzende

Das Friedensgericht zählt elf Beisitzerinnen und Beisitzer, welche alle dem Anforderungsprofil der Mitglieder einer Schutzbehörde und den damit verbundenen Kriterien der Interdisziplinarität entsprechen. Zwei Beisitzerinnen und ein Beisitzer haben auf eigenen Entscheid im Jahr 2023 weder an Gerichtsverhandlungen teilgenommen noch Rechnungsprüfungen vorgenommen.

1.1.1.2 Ressourcen Magistratspersonen

Berufsrichter/-innen - Vollzeitäquivalente VZÄ am 31.12.

Name/Vorname	Funktion	2021	2022	2023
Lurf-Vonlanthen Claudine	Friedensrichterin	1	1	1
Total EPT au 31.12.		1	1	1

1.1.1.3 Ressourcen Gerichtsschreiberei und des Sekretariats

Vollzeitäquivalente VZÄ am 31.12.	2021	2022	2023
Total VZÄ Gerichtsschreiber/innen (Festanstellung)	1.7	1.7	1.7
1.7 Total VZÄ Juristische Praktikanten/Praktikantinnen	-	-	-
Total VZÄ Verwaltungsmitarbeitende (Festanstellung)	2.4	2.4	2.4
Total VZÄ Auszubildende Verwaltungsmitarbeitende	-	-	-
Total	4.1	4.1	4.1

Auf dem Friedensgericht des Seebezirks kam es auch im Jahr 2023 zu keinem Wechsel beim Personal, und die Vollzeitäquivalente der Mitarbeiterinnen mit juristischer und derjenigen ohne juristische Ausbildung blieben unverändert.

Die Angelegenheiten werden den zwei Amtssprachen entsprechend unter der Chefgerichtsschreiberin und der Gerichtsschreiberin, den zwei Gerichtssekretärinnen und den zwei Büroangestellten aufgeteilt. Das ganze Personal hat im Jahr 2023 wiederum mit viel Engagement sowie hoher Fach- und Sozialkompetenz die anfallenden Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit der Friedensrichterin erfüllt. Trotz hoher Arbeitslast, oft schwierigen Situationen und enormem Zeitdruck sind die Mitarbeiterinnen stets loyal und positiv ihrer Arbeit gegenüber eingestellt.

1.1.1.4 Räumlichkeiten

Das Friedensgericht befindet sich an der Freiburgstrasse 69 in der Gewerbezone der Gemeinde Murten, fünfzehn Gehminuten vom Bahnhof Murten und vom Bahnhof Münchenwiler-Courgevaux entfernt. Mit dem Auto ist der Standort gut erreichbar und leicht zu finden. Die Parkplatzverhältnisse sind optimal.

Hingegen sollten Archivbestände des Friedensgerichts ins Staatsarchiv transferiert werden. Wegen fehlender Räumlichkeiten im Staatsarchiv steht die Zusage zum Transfert seit Monaten aus, was wiederum zu Problemen auf dem Friedensgericht führt, da dessen Archivräumlichkeiten mittlerweile keinen Platz für zusätzliche Archivbestände bieten.

1.1.2 Gerichtstätigkeit (gesamte Arbeitslast, Verhältnis zu den Behörden und den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten usw.)

Die Beisitzerinnen und Beisitzer wurden im Jahr 2023 in einem regelmässigen Turnus für die Gerichtsverhandlungen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sowie die Prüfung der Jahresabschlüsse und Eingangsinventare der Beiständinnen und Beistände im Erwachsenenschutz und der Jahresberichte der Beiständinnen und Beistände im Kinderschutz aufgeboten, dies unter Beachtung der fachgerechten Zusammensetzung des Spruchkörpers.

Die Gerichtsschreiberei bzw. das Sekretariat ist und war auch im Jahr 2023 während den Bürozeiten permanent besetzt (Mo-Fr 08.00-12.00 Uhr und 14.00-17.00 Uhr). Die Telefonanrufe werden und wurden auch im Jahre 2023 jeweils von 08.30-11.30 Uhr und von 14.00-16.30 Uhr entgegengenommen.

Die Arbeitslast war wiederum bei allen Mitarbeiterinnen hoch; zur Bewältigung der anfallenden Aufgaben und Arbeiten fielen etliche Überstunden an.

Das Verhältnis zu den Rechtsanwälten und Notaren, Behörden und Institutionen kann als gut bezeichnet werden.

Betreffend Gerichtstätigkeit wird ferner auf den statistischen Teil des vorliegenden Jahresberichts verwiesen. Festzuhalten ist, dass die Verfahren zunehmend komplex und dementsprechend zunehmend zeitintensiv sind.

1.1.3 Weiterbildung

Die Friedensrichterin und die Gerichtsschreiberinnen haben verschiedene Weiterbildungskurse besucht, so die von der Universität Freiburg durchgeführte 'Journée de droit successoral' und Weiterbildung zum Thema 'Autorité parentale conjointe et garde alternée' und die von der Universität Bern durchgeführte Tagung zu Thema 'Umgang mit Opfern von häuslicher Gewalt: rechtliche, medizinische und psychologische Aspekte'.

1.1.4 Verschiedenes und Schlussbemerkungen (Vorschläge Gesetzesänderungen, Informatik usw.)

Die Chefgerichtsschreiberin ist nach wie vor Mitglied der Arbeitsgruppe CGJP. Ein wichtiges Thema der Sitzungen dieser Arbeitsgruppe im Jahr 2023 war das Projekt E-Justice mit den damit verbundenen, nötigen Anpassungen auf administrativer und verfahrensrechtlicher Ebene. Zu bemerken ist, dass die Mitglieder der Arbeitsgruppe CGJP durch die regelmässig stattfindenden Sitzungen viel zur konstruktiven Zusammenarbeit und Harmonisierung der sieben Friedensgerichte des Kantons Freiburg beitragen.

1.2 Statistischer Teil

1.2.1 Allgemeine Statistik

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2021	1130	1068	851	1572	1344
2022	1181	1009	947	1243	1196
2023	1241	1050	902	1389	1312

Verfahrenssprache erledigte Dossiers	2021	2022	2023
Französisch	432	444	415
Deutsch	636	565	487

1.2.2 Erwachsenenschutz

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2021	458	207	167	549	745
2022	471	188	177	482	710
2023	479	228	203	504	742

Erwachsenenschutzmassnahmen	2021	2022	2023
1. Die eigene Vorsorge und Massnahmen von Gesetzes wegen (Der Vorsorgeauftrag, Die Patientenverfügung, Vertretung und Aufenthalt in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen) (Art. 363 Abs. 2, 364, 366, 368, 373, 374 Abs. 3, 376, 381 Abs. 2 und 3 und Art. 385 ZGB)	8	4	14
2. Befugnis zur Öffnung der Post oder zum Betreten der Wohnräume (Art. 391 Abs. 3 ZGB)	37	42	52
3. Massnahmen ohne Errichtung einer Beistandschaft: das Erforderliche vorkehren, insb. Zustimmung zu Rechtsgeschäft, Auftrag an Drittperson und Person/ Stelle mit Einblick und Auskunft (Art. 392 ZGB)	4	7	7
4. Begleitbeistandschaften (Art. 393 ZGB)	1	2	5
5. Vertretungsbeistandschaften ohne Einschränkung der Handlungsfähigkeit (Art. 394 Abs. 1 ZGB)	56	52	60
6. Vertretungsbeistandschaften mit Einschränkung der Handlungsfähigkeit (Art. 394 Abs. 1 und 2 ZGB)	1	0	2
7. Vertretungsbeistandschaften mit Vermögensverwaltung (Art. 395 Abs. 1 ZGB)	54	47	56
8. Vertretungsbeistandschaften mit Vermögensverwaltung, Entziehung Zugriff auf einzelne oder alle Vermögenswerte/Einkommensquellen oder Entziehung der Verfügung über Grundstück (Art. 395 Abs. 1, 3 und 4 ZGB)	2	12	49
9. Mitwirkungsbeistandschaften (Art. 396 ZGB)	0	2	2

Erwachsenenschutzmassnahmen	2021	2022	2023
10. Umfassende Beistandschaften (Art. 398 ZGB)	1	1	2
11. Ernennung, Entlassung und Entlastung der Beiständin/des Beistandes (Art. 400, 403 Abs. 1, 422, 423 und 425 Abs. 4 ZGB)	315	288	269
12. Festlegung der Entschädigung der Beiständin/des Beistandes (Art. 404 ZGB)	397	362	393
13. Eingangsinventare (Art. 405 ZGB)	51	36	72
14. Entscheide betreffend die Verwaltung der Vermögenswerte (Art. 408 ZGB = VBVV)	122	95	118
15. Genehmigung der Rechnung und/oder der Berichte (Art. 415 und 425 ZGB)	428	393	422
16. Geschäfte, die die Zustimmung der Erwachsenenschutzbehörde erfordern (Art. 416 und 417 ZGB)	24	39	31
17. Gesuch betreffend die Übertragung oder die Zustimmung zur Übernahme (Art. 442 ZGB)	12	17	7
18. vorsorgliche und superprovisorische Massnahmen (Art. 445 ZGB)	2	0	2
19. Ermittlungsmassnahmen: Abklärungen/Gutachten einer sachverständigen Person und Begutachtungen in einer Einrichtung (Art. 446 Abs. 2 und 449 ZGB)	1	0	0
20. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolIG)	1	0	2
21. verschiedene Zeugnisse unter anderem Handlungsfähigkeitszeugnis	65	51	79
22. Verzicht auf Errichtung einer Schutzmassnahme (Abgeschriebenes Verfahren)	39	62	47

1.2.3 Nachlass

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2021	180	292	200	340	137
2022	165	273	317	121	124
2023	205	286	222	269	128

Friedensrichter/-in	2021	2022	2023
1. Siegelungen (Art. 24 EGZGB)	8	2	3
2. Entgegennahme eines mündlichen Testaments (Art. 507 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. a EGZGB)	0	0	0
3. Sicherstellung bei Verschollenheit (Art. 546 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. b EGZGB)	0	0	0
4. Inventare bei Abwesenheit und als Sicherungs-massregel (Art. 546 ff. ZGB, 23 EGZGB und 551 ff. ZGB, 24 EGZGB)	4	0	1
5. Erbschaftsverwaltung (Art. 548, 554 und 556 Abs. 3 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	1	1	4
6. Anspruchsentscheide im Verfahren der Inventaraufnahme (Art. 490, 551 ff., 568 ZGB, 25 EGZGB)	0	0	0
7. provisorische Besitzeinweisung (Art. 556 Abs. 3 ZGB, 14 EGZGB – allgemeine Klausel)	0	0	0
8. Testamentseröffnungen (Art. 557 ZGB, 18 EGZGB)	80	90	78

Friedensrichter/-in	2021	2022	2023
9. Genehmigung von Erbescheinigungen (Art. 559, 14 Abs. 1 EGZGB - allgemeine Klausel)	200	222	196
10. Ausschlagung einer Erbschaft (Art. 566 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	20	15	31
11. Öffentliches Inventar (Art. 581 ff. ZGB)	1	2	6
12. Verwaltung der Erbschaftssachen (Art. 581 und 585 ZGB, 28 EGZGB)	0	0	0
13. Bezeichnung eines Vertreters der Erbengemeinschaft (Art. 602 Abs. 3 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	0	1	0
14. Verschiebung der Teilung und vorsorgliche Massregeln für zahlungsunfähige Erben (Art. 604 Abs. 2 und 3 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. c EGZGB)	0	0	0
15. Aufnahme eines Steuerinventars (DBG, DStG)	25	36	32
16. Verzicht auf die Aufnahme eines Steuerinventars (DBG, DStG)	232	227	242

1.2.4 Kindesschutz

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12.)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2021	400	354	288	545	331
2022	439	335	252	522	264
2023	457	325	276	506	343

Kindesschutzmassnahmen	2021	2022	2023
1. Entscheide betreffend die gemeinsame elterliche Sorge (Art. 52fbis Abs. 3 AHVV, Art. 134 Abs. 3, 296 Abs. 3, 297 Abs. 2, 298a, 298b Abs. 2, 3 und 4, 298d Abs. 1 et 2, 311 Abs. 1 lit. 1 und 2 und 312 lit. 1 und 2 ZGB)	95	87	104
2. Entscheide betreffend des Aufenthaltsbestimmungsrechts (Art. 134 Abs. 3, 301 a Abs. 2 und 5, 310 Abs. 1, 2 und 3 ZGB)	12	8	12
3. Persönlicher Verkehr (Art. 134 Abs. 4, 273 Abs. 2 und 3 und 275 Abs. 1 ZGB)	23	9	13
4. Festlegung des persönlichen Verkehrs mit Dritten (Art. 274a ZGB)	0	0	0
5. Unterhaltsverträge (Art. 287 ZGB)	4	6	14
6. Vormundschaft bei Kind ohne elterliche Sorge (Art. 297 Abs. 2, 298 Abs. 3, 298b Abs. 4 und 327a ZGB)	0	0	1
7. Vertretungsbeistandschaft (Art. 306 Abs. 2 ZGB)	9	7	6
8. nötige Massnahmen (Art. 307 Abs. 1 ZGB)	3	2	1
9. Weisung oder Ermahnung (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	9	6	18
10. Erziehungsaufsicht: Person/Stelle mit Einblick und Auskunft (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	0	3	0
11. Erziehungsbeistandschaft: Beratung (Art. 308 Abs. 1 ZGB)	31	21	28
12. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - Feststellung Vaterschaft (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	0	0	1
13. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - Unterhalt (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	0	1	0

Kindesschutzmassnahmen	2021	2022	2023
14. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - persönlicher Verkehr (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	14	7	16
15. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen insbesondere medizinische Behandlung / Betreuung, Schule, Berufslehre, usw. (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	0	1	6
16. Beschränkung der elterlichen Sorge (Art. 308 Abs. 3 ZGB)	0	0	1
17. Mediationsversuch (Art. 314 Abs. 2 ZGB)	1	0	0
18. Abänderung gerichtlicher Anordnungen über die Kindes-zuteilung und den Kindesschutz (Art. 315b Abs. 2 ZGB)	0	0	1
19. Kindesvermögen: Inventar, periodische Rechnungsstellung und Berichterstattung, Bewilligung einer Anzehung, Weisungen für die Verwaltung, Beistandschaft Vermögensverwaltung (Art. 318 Abs. 3, 320 Abs. 2, 324, 325 und 408 ZGB)	1	7	3
20. Ernennung, Wechsel, Entlassung und Entlastung der Beiständin/des Beistandes (Art. 400, 422, 423 und 425 Abs. 4 ZGB)	98	71	172
21. Festlegung der Entschädigung der Beiständin/des Beistandes (Art. 404 ZGB)	0	0	0
22. Genehmigung der Rechnung und der Berichte (Art. 415 und 425 ZGB)	153	102	176
23. Geschäfte, die die Zustimmung der Kindesschutz-Obbehörde erfordern (Art. 416 und 417 ZGB)	0	1	1
24. Entscheide betreffend die Verwaltung der Vermögenswerte (Art. 408 ZGB = VBVV)	0	0	0
25. Fürsorgerische Unterbringung - Unterbringung durch KESB (Art. 426 Abs. 1, 428 Abs. 1 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung im Notfall (Art. 18 KESG), Fürsorgerische Unterbringung - Zurückbehaltung freiwillig Eingetretener (Art. 427 Abs. 2 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung - Verlängerung ärztliche Unterbringung (Art. 429 Abs. 2 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung – periodische Überprüfung (Art. 431 Abs. 1 ZGB), Nachbetreuung beim Austritt aus einer Einrichtung (Art. 437 Abs. 1 ZGB /Art. 26 KESG), ambulante Massnahmen (Art. 437 Abs. 2 ZGB /Art. 26 KESG), Anrufung des Gerichts (Art. 439 Abs. 2 ZGB), Begutachtung in einer Einrichtung (Art. 449 ZGB)	1	0	1
26. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolG)	2	0	0
27. Übertragung oder die Zustimmung zur Übernahme (Art. 442 ZGB)	14	8	4
28. Vorsorgliche Massnahmen (Art. 445 ZGB)	17	4	6
29. Ermittlungsmassnahmen: Abklärungen/Gutachten einer Sachverständigen Person und Begutachtungen in einer Einrichtung (Art. 446 Abs. 2 und 449 ZGB)	0	0	0
30. verschiedene Zeugnisse unter anderem Zeugnis über die elterliche Sorge	2	6	5
31. Verzicht auf Errichtung einer Schutzmassnahme (Abgeschriebenes Verfahren)	83	69	83

1.2.5 Unzuständigkeit

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2021	50	77	67	61	0
2022	52	87	86	53	0
2023	57	86	80	63	0

1.2.6 Nichteintreten und Verfahrenseinstellung, mit oder ohne Entscheid

	2021	2022	2023
Unzuständigkeit (Art. 59 ZPO)	71	82	75
Abgeschriebenes Verfahren, Unterbrechung des Verfahrens und Gegenstandslosigkeit	8	7	10

1.2.7 Fürsorgerische Unterbringung

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2021	9	59	51	18	46
2022	11	50	56	5	26
2023	8	49	40	17	27

	2021	2022	2023
1. Fürsorgerische Unterbringung - Unterbringung durch KESB (Art. 426 Abs. 1/428 Abs. 1 ZGB)	13	4	6
2. Fürsorgerische Unterbringung - Entlassung durch KESB (Art. 426 Abs. 3/428 Abs. 1 ZGB)	11	1	3
3. Fürsorgerische Unterbringung - Verlängerung ärztliche Unterbringung (Art. 429 Abs. 2 ZGB)	9	7	9
4. Fürsorgerische Unterbringung - periodische Überprüfung nach 6, 12, 36 usw. Monate nach Unterbringung (Art. 431 Abs. 1 ZGB)	1	1	0
5. Nachbetreuung beim Austritt aus einer Einrichtung (Art. 437 Abs. 1 ZGB /Art. 26 KESG)	1	0	0
6. Anrufung des Gerichts (Art. 439 Abs. 2 ZGB)	4	4	0
7. Abklärungen/Gutachten einer sachverständigen Person (Art. 446 Abs. 2 ZGB)	1	1	0
8. Begutachtung in einer Einrichtung (Art. 449 ZGB)	0	0	1
9. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PoIG)	2	0	3
10. Fürsorgerische Unterbringung im Notfall (Arzt) (Art. 18 KESG)	33	37	26

1.2.8 Gerichtliches Verbot

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2021	6	10	10	12	6
2022	7	6	8	5	9
2023	1	14	12	3	5

Friedensrichter/-in	2021	2022	2023
Gerichtliches Verbot Entscheid (Art. 65 EGZGB)	6	5	3
Einspracheentscheid (Art 65 EGZGB)	0	0	0

1.2.9 Unentgeltliche Rechtspflege

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2021	27	69	68	47	78
2022	36	70	51	55	63
2023	35	60	67	28	67

	2021	2022	2023
Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege (Art. 117 ZPO und 123 JG)	64	49	52
Verweigerung der unentgeltlichen Rechtspflege (Art. 117 ZPO und 123 JG)	1	0	0
Festlegung der Kostenliste (Art. 57 JR)	9	9	15